

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Hochschulöffnungen endlich pandemiegerecht ermöglichen!

Drei Digitalsemester mussten Hamburgs Hochschulmitglieder nun schon über sich ergehen lassen. Die einstmals angekündigten Pläne für eine hybride Gestaltung der Lehre wurden verworfen. Mittlerweile gibt es Studierendekohorten, die nun schon die Hälfte ihrer Mindeststudienzeit oder mehr absolviert haben, ohne ihre Kommilitonen/-innen alltäglich zu treffen, ohne den Campus wirklich kennenzulernen, ohne den Praxisteil ihres Studiums fachgerecht ausführen zu können. Die massive Belastung für Beschäftigte und Studierende steigt mit der andauernden Online-Lehre überproportional an. Nach anderthalb Jahren zeigt sich überdeutlich: Einige Lehrangebote kann man nicht ohne relevante Verluste digitalisieren und die Hochschulen als physische Räume sind eine Infrastruktur für soziale Prozesse, die keine Messengergruppen und Zoom-Partys ersetzen können. Zudem hinterlässt die psychosoziale Belastung durch fehlenden Austausch, ausbleibende kritische Diskussion und den Wegfall gemeinsamen Lernens nicht nur im Lernerfolg, sondern im sozialen Wohlbefinden der Hochschulmitglieder Spuren. Das dokumentieren diverse Befragungen unter Hochschulmitgliedern. Sei es von Wissenschaftlichen Personalräten, von der Universitätsleitung, oder beispielsweise dem AStA der UHH.

Während die Hochschulen teilweise sogar zu Sperrzonen für Studierende geworden sind, wie beispielsweise an der HafenCity Universität, werden landesweit Öffnungspläne für alle anderen Bereiche des öffentlichen Lebens erstellt und sind längst durchgesetzt.

Wenngleich den Hochschulen eine bedeutende gesellschaftliche Funktion zukommt und für über hunderttausend Studierende der Lebensmittelpunkt sind, werden die zur Verfügung stehenden Ressourcen (Raumkonzepte, Testmöglichkeiten, Impfangebot) für eine pandemiegerechte Öffnung bislang unzureichend genutzt. Die Verbesserung der Lage der Hochschulmitglieder und insbesondere der Studierenden muss endlich Priorität bekommen.

Deswegen muss der rot-grüne Senat endlich in einer Abstimmung mit den Hochschulen und ihren diversen Mitgliedergruppen zu einer Entwicklung von verlässlichen Konzepten für eine pandemiegerechte Öffnung der Hochschulen kommen. Abgestimmte Stufenpläne bieten Handlungssicherheit für alle Beteiligten und gewährleisten eine gewisse Planbarkeit für Studierende und Beschäftigte in diesen krisenhaften Zeiten. Es bedarf hochschulspezifisch abgestimmter Pläne, die nicht nur einen Maßnahmenkatalog für das jeweilige Infektionsgeschehen bereithalten, sondern auch eine Priorisierung enthalten, die definiert, welche Veranstaltungen vorrangig in geschützter Präsenz zu ermöglichen und als Letztes einzuschränken sind. Hierbei ist es auch von Bedeutung, dass die Landesregierung ihren Teil der Verantwortung für den Wissenschaftsbereich in Hamburg übernimmt und die Hochschulen nicht unter dem Vorwand einer falsch verstandenen Autonomie in dieser Krise allein lässt.

Dank der wissenschaftlichen Erkenntnisse, die auch Hamburgs Hochschulen generiert haben, und der Erfahrungswerte aus dem vergangenen Jahr unter COVID-19 haben wir eine Grundlage, auf der wir diese Stufenpläne für solidarische Hybridsemester entwickeln können. Dies gilt es nun vor September dringend zu realisieren.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. der pandemiegerechten Hochschulöffnung für das Wintersemester 2021/2022 jetzt absolute Priorität einzuräumen;
2. den Hochschulen alle erforderlichen Mittel für eine pandemiegerechte Hochschulöffnung zu finanzieren, beziehungsweise anderweitig zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere für die Installation von Schutzvorrichtungen, den Einkauf von Tests und die Gewährleistung von Impfmöglichkeiten. Ebenso gehören dazu Mittel für etwaig benötigtes Lehrpersonal, um einen geringen Betreuungsschlüssel zu ermöglichen, sowie Mittel für zusätzlich benötigtes Personal außerhalb der Lehre;
3. in Abstimmung mit den Hochschulen verbindliche Stufenpläne für die Öffnung der Hochschulen ab dem Wintersemester 2021/2022 zu entwickeln. Dabei gilt es, insbesondere auch Studierendenvertretungen und Personalräte kontinuierlich mitzubinden;
4. in Abstimmung mit den Hochschulen in den Stufenplänen Kriterien für eine Priorisierung von in Präsenz abzuhaltenden Veranstaltungen zu entwickeln. Dabei sollte praktisch orientierten Kursen, insbesondere solchen, die bereits teilweise von Studierenden begonnen wurden, eine vorrangige Bedeutung eingeräumt werden;
5. auf die Hochschulen einzuwirken, in besonderem Maße für die Studierenden, die ihr Studium unter Pandemiebedingungen aufgenommen haben, freiwillige Präsenzveranstaltungen unter Einhaltung der ausgearbeiteten Pandemieschutzkonzepte zu ermöglichen;
6. in Kooperation mit Studierendenvertretern/-innen und anderen Mitgliedergruppen eine pandemiegerechte Öffnung mit verbindlichen Stufenplänen von Arbeitsräumen und Bibliotheken an allen Hochschulen auch langfristig sicherzustellen;
7. die Stufenpläne für die Öffnung allen Hochschulmitgliedern und Studieninteressierten so schnell wie möglich zugänglich zu machen;
8. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2021 zu berichten.